



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 08.05.2026 bis 15.05.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Belarus: Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für 3 weitere katholische Priester entzogen	3
China: Neue Kirche in der Diözese Wenzhou	4
Deutschland: Konservative kritisieren kirchliche Kampagnen „gegen rechts“	5
Deutschland: Unbekannte sabotieren Glockenanlage	6
Finnland: Räsänen zieht vor Europäischen Menschenrechtsgerichtshof	7
Indien: Drei baptistische Pastoren aus dem Volk der Kuki in Manipur getötet	8
Indien: Wie die „Antikonversionsgesetze“ in der Praxis funktionieren	9
Irak: Im Kreuzfeuer	10
Iran: Die aktuelle Lage gibt weiterhin Anlass zu größter Sorge	11
Kasachstan: Orthodoxer Priester und Kriegsgegner in Einzelhaft	12
Kongo: IS zunehmend aktiv	13
Mosambik: Weitere islamistische Übergriffe in der Provinz Cabo Delgado	14
Myanmar: Aus Kindergärten gehen christliche Gemeinden hervor	15
Nahost: Neuer chaldäischer Patriarch warnt vor Eskalation	16
Nigeria: Bischof von Wukari zieht Bilanz	17
Nigeria: Nach der Entführung im Februar	18
Pakistan/USA: US-Behörde sieht Verschlechterung der Religionsfreiheit in Pakistan	19
Pakistan: Gericht lehnt Geburtsurkunde in Fall von Zwangskonvertierung ab	21
Republik Moldau: „Biblische Geschichten“ in gagausischer Sprache	23
Rußland: Geflüchteter russischer Priester berichtet von Druck in der Kirche	24
Russland: Beerdigung - eine Gelegenheit	25
Spanien: Spanische Allianz - Medien zeichnen Zerrbild der Evangelikalen	26
Tschad: Zivilisten sterben bei Angriffen der Luftwaffe auf Dschihadisten	27
Uganda: Muslimische Verwandte hacken einem Neubekehrten die Hände ab	28

# Belarus: Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für 3 weitere katholische Priester entzogen

Der Bevollmächtigte für religiöse und ethnische Angelegenheiten Aleksandr Rumak hat der katholischen Diözese Witebsk die Verlängerung der Arbeitserlaubnis für drei polnische katholische Priester verweigert. Einer von ihnen, Pater Zenon Szczachor ist schon seit 1990 in Belarus tätig. Rumak entscheidet ohne Angabe von Gründen, ob registrierte Religionsgemeinschaften ausländische Kleriker beschäftigen dürfen. Die drei Betroffenen müssen noch im Mai aus Belarus ausreisen. Das Regime reduziert systematisch die Anzahl der Ausländer, die in registrierten Religionsgemeinschaften in Belarus tätig sein dürfen. Die Ausweisung weiterer katholischer Priester ist zu befürchten.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 8. Mai 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

## China: Neue Kirche in der Diözese Wenzhou

Wenzhou (Fides) – Die Weihe und Eröffnung einer neuen Kirche, die der heiligen Therese von Lisieux, der Schutzpatronin der Missionen, gewidmet ist, markiert einen Neuanfang für das Glaubensleben und das Engagement der katholischen Gemeinde Zhaoyang, die zur Pfarrei Shuitou im Bezirk Pingyang in der Provinz Zhejiang gehört. Die kleine Küstengemeinde im Bistum Wenzhou, die seit jeher hauptsächlich aus Fischerfamilien besteht, feierte am 4. Mai die Weihe und Eröffnung der neuen Pfarrkirche.

Rund 2000 Gemeindemitglieder nahmen an den Feierlichkeiten teil. Pfarrer Hu Longjian zelebrierte den Dankgottesdienst, der vom Gemeindepfarrer Lin Shengli und 20 weitere Diözesanpriestern konzelebriert wurde, die sich um den Altar, vor der Statue der heiligen Therese, die über den Weg der Gemeinde wachen wird, versammelt hatten.

Die neue Kirche ist feierlich und zugleich schlicht und lädt zur Besinnung ein.

Mitglieder der Gemeinde hatten lange den Wunsch geäußert, die neue Kirche der Heiligen des „Kleinen Weges“ zu weihen. Der Bau und die Weihe der neuen Kirche sind zugleich ein Zeugnis des Glaubens.

Wie der Gemeindepfarrer betont, hat der katholische Glaube in der Region Zhaoyang eine lange Geschichte. Die Getauften leben ihre Zugehörigkeit zur katholischen Kirche mit Einfachheit und Freude im Alltag, indem sie einander helfen und kleine Werke der Nächstenliebe vollbringen. In diesem Sinne verbindet sie seit jeher eine gemeinsame Verehrung für die heilige Therese, deren Vorbild ihnen Trost spendet und die Demut, Hingabe und Nächstenliebe der kleinen Gemeinde perfekt widerspiegelt.

Die Kirche konnte dank des Engagements der Diözesanpriester und der geistlichen und materiellen Großzügigkeit aller Gläubigen entstehen, die nach ihren Möglichkeiten durch Spenden und Arbeit beitrugen. Nun findet die gesamte Gemeinde in der Kirche einen Ort zum Beten, zum Empfang der Sakramente und zur Erfahrung geschwisterlicher Gemeinschaft angesichts der Anforderungen und Herausforderungen des Alltags.

(NZ) (Fides 12/5/2026)

# Deutschland: Konservative kritisieren kirchliche Kampagnen „gegen rechts“

## Gemeinsame Erklärung fordert Rückbesinnung auf biblisch-theologische Maßstäbe

Walsrode (IDEA) – Theologisch konservative Christen in Deutschland sind zunehmend dem Vorwurf ausgesetzt, politisch „rechte“ Positionen zu vertreten. Dagegen wehren sich nun mehrere Vereine, Netzwerke und Gemeinschaften in einer gemeinsamen [Erklärung](#) mit dem Titel „Rechte ChristInnen' oder (r)echter Glaube?“. Initiator ist der Gemeindehilfsbund (Walsrode). Zu den Erstunterzeichnern gehören unter anderen die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, das Netzwerk Bibel und Bekenntnis, die Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in der Nordkirche, die württembergische Pfarrerearbeitsgemeinschaft Confessio sowie die Initiative „ChristenStehenAuf“, zu der sich auch der frühere Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb (Stuttgart), zählt.

## Vorwurf: Ausgrenzung konservativer Christen

Die Verfasser kritisieren, dass landeskirchliche Stellen konservative Christen moralisch und teilweise auch ökonomisch an den Rand drängten. Während die Landeskirchen besonders auf Ebene der Ortsgemeinden „schmerzhaft sparen“ müssten, gebe es „freie Kapazitäten an anderer Stelle“. So sei in den vergangenen rund zehn Jahren eine „kaum überblickbare Menge an Veröffentlichungen“ zum Thema „rechtes Christentum“ erschienen; neue Planstellen befassten sich mit entsprechenden Akteuren in den eigenen Reihen. Im „Kampf gegen rechts“ hätten die Landeskirchen „gewissermaßen ein Dach“ gefunden, unter dem sie sich öffentlichkeitswirksam zusammentäten, „nachdem die verbindende Kraft der eigenen Bekenntnisse geschwunden“ sei. Als Beispiel für die Diskriminierung theologisch konservativer Positionen durch Kirchenleitungen führt die Erklärung einen Vorgang aus der hannoverschen Landeskirche an: 2022 habe sie vom GRZ Krelingen (ehemals Geistliches Rüstzentrum Krelingen/Walsrode) verlangt, keine Räume mehr an den Gemeindehilfsbund zu vermieten. Andernfalls werde dem Leiter das Gehalt entzogen. Da sich die Einrichtung dieser Forderung nicht gebeugt habe, müsse sie die Leiterstelle nunmehr selbst finanzieren.

## Die Kirche soll sich nicht an politischen Mehrheiten orientieren

Die Erklärung formuliert mehrere Grundsätze und Forderungen. Die Unterzeichner geben demnach keine Wahlempfehlungen ab, üben aber „klare Kritik an bestimmten politischen Entscheidungen – immer sachorientiert und aus den Geboten Gottes argumentierend“. Nur ein Staat, der die Gebote Gottes respektiere, kann aus Sicht der Unterzeichner erfolgreich sein. Zugleich betonten sie, die Kirche sei keine Nichtregierungsorganisation und dürfe ihre Agenda daher „nicht von politischen Mehrheiten bestimmen lassen“. Ihre Kernaufgabe bestehe nicht darin, „für Pluralismusverträglichkeit und Zusammenhalt in der säkularen Gesellschaft zu sorgen“. „Nicht ein Rechts-links-Schema, sondern ein von der Bibel und Kirchengeschichte geleitetes Fragen nach Gut und Böse ist charakteristisch für christliche Theologie und Ethik!“, heißt es. Bibeltreue Positionen dürften nicht länger „in eine rechte Ecke“ geschoben werden, „wo diese doch am weitesten von totalitären Ideologien entfernt sind“.

## Mehrere Professoren und Geistliche unter den Erstunterzeichnern

Zu den Erstunterzeichnern gehören auch zahlreiche Einzelpersonen, darunter der Philosophieprofessor Daniel von Wachter (München), der Professor für Philosophie und Religionswissenschaft Harald Seubert (Basel), der Mathematikprofessor Matthias Reitzner (Osnabrück) sowie der frühere Vorsitzende der Pfarrergesamtvertretung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Martin Michaelis (Quedlinburg). Die Verfasser laden weitere Vereine, Verbände, Werke und Einzelpersonen zur Unterzeichnung ein.

# Deutschland: Unbekannte sabotieren Glockenanlage

## Bad Oeynhausen: Sie beschädigten Kabel und Klöppel in der evangelischen Auferstehungskirche

Bad Oeynhausen (IDEA) – Unbekannte haben gezielt die Glockenanlage der evangelischen Auferstehungskirche in Bad Oeynhausen beschädigt. Das teilte der Evangelische Kirchenkreis Vlotho auf seiner Internetseite mit. Vor wenigen Tagen habe die Küsterin festgestellt, dass mehrere Glocken nicht ordnungsgemäß funktionierten. Bei einer Untersuchung stellten Mitarbeiter einer Fachfirma fest, dass zwei unter Spannung stehende Starkstromkabel durchgesägt worden waren. Darüber hinaus waren die Klöppel von zwei Glocken jeweils zur Hälfte angesägt. Die Tat sei offenbar gut vorbereitet und mit erheblicher krimineller Energie durchgeführt worden, erklärte die Pfarrerin der Evangelischen Emmaus-Kirchengemeinde, Theodora Beer. Besonders irritierend sei, dass die Täter im Glockenturm einen Hinweiszettel mit der Aufschrift „Nicht einschalten! Riss im Klöppel“ hinterlassen hatten. Die Auferstehungskirche sei erst vor wenigen Tagen bereits Ziel einer schweren Sachbeschädigung geworden. Unbekannte beschädigten das Gelände am Aufgang zur Kirche. Wenig später sei ein dort installierter Defibrillator gestohlen worden.

# Finnland: Räsänen zieht vor Europäischen Menschenrechtsgerichtshof

## Die Christin wehrt sich gegen eine Verurteilung wegen „Hassrede“

Helsinki/Straßburg (IDEA) – Die finnische Parlamentsabgeordnete Päivi Räsänen legt gegen ihre strafrechtliche Verurteilung wegen „Volksverhetzung“ vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg Berufung ein. Das gab die ehemalige Innenministerin am 7. Mai bekannt. Der Oberste Gerichtshof Finnlands hatte Räsänen und den lutherischen Bischof Juhana Pohjola am 26. März wegen „Hassrede“ zu Geldstrafen [verurteilt](#). Grund war eine 2004 erschienene Kirchenbroschüre, in der Räsänen praktizierte Homosexualität aus biblischer Sicht als Sünde bezeichnete. Pohjola wurde verurteilt, weil er die Broschüre auf der Internetseite seiner Kirche veröffentlichte. In einer Pressekonferenz hatte ihr Anwalt, Matti Sankamo, damals ausgeführt, das Gericht habe sein Urteil auf einzelne Sätze in der Broschüre gestützt, in denen Homosexualität als „Störung“ bezeichnet werde. Diese Aussage stellte nach Ansicht der Richter eine Beleidigung für Homosexuelle dar. Der religiöse Kontext in der Broschüre habe die beleidigende Wirkung verstärkt. Die theologischen Aussagen zu praktizierter Homosexualität habe das Gericht nicht beanstandet. Die Politikerin erklärte nun laut der christlichen Menschenrechtsorganisation ADF International, die Räsänen vertritt: „Das Versäumnis des finnischen Obersten Gerichtshofs, die Meinungsfreiheit zu schützen, hat einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen.“ Ihre Schriften entsprängen nicht Hass, sondern Mitgefühl, so Räsänen. Sie hoffe, dass der EGMR anerkenne, dass die friedliche Äußerung von Überzeugungen kein Verbrechen sei. Auch andere Personen seien aufgrund von Gesetzen gegen sogenannte „Hassrede“ ungerechtfertigter Verfolgung ausgesetzt. Diese Gesetze machten das Teilen christlicher Glaubensüberzeugungen zu einem Verbrechen. Laut ADF will sich auch Bischof Pohjola der Berufung anschließen. Er äußerte sich „zutiefst besorgt“ über die Bemühungen des Staates, Veröffentlichungen zu zensurieren und zu bestimmen, was von religiösen Führern gelehrt werden dürfe und was nicht. Der für ADF International tätige Jurist Lorcán Price sprach von einer der „bedrohlichsten Entwicklungen“ im Kampf um die Meinungsfreiheit in Europa.

# Indien: Drei baptistische Pastoren aus dem Volk der Kuki in Manipur getötet

Imphal (Fides) – Drei Baptistenpastoren wurden bei einem Hinterhalt auf einen Konvoi von Baptisten der Kuki-Ethnie im indischen Bundesstaat Manipur brutal ermordet, weitere Personen wurden verletzt. Der Angriff ereignete sich am 13. Mai gegen 10 Uhr morgens vor dem Hintergrund der äußerst instabilen Lage in Manipur, einem Bundesstaat im Nordosten Indiens. Dort herrscht ein Bürgerkrieg zwischen den ethnischen Gruppen der Kuki und Meitei (die Kuki sind überwiegend christlich, die Meitei hinduistisch). In den letzten Monaten ist auch die dritte ethnische Gruppe des Bundesstaates, die Naga, in den Konflikt verwickelt.

Wie das Vereinigte Christliche Forum Nordostindiens (UCFNEI) berichtet, ereignete sich der Hinterhalt auf die Mitglieder der Baptistengemeinde auf der Straße zwischen Kangpokpi und Lamka, als die Delegation von einem Gottesdienst zurückkehrte. Laut Angaben der Kuki-Gemeinde soll der Angriff von einer bewaffneten Naga-Gruppe verübt worden sein. Die Ermittlungen dauern an.

Pastor Vumthang Sitlhou, Präsident der „Thadou Baptist Association“ (TBA), sowie die Pastoren V. Kaigoulun und Paogou kamen bei dem Überfall ums Leben. Zu den Schwerverletzten zählen vier weitere Pastoren sowie die beiden Fahrer.

In seguito all'incidente, le forze dell'ordine hanno immediatamente imposto un blocco lungo la strada statale National Highway-2, un'arteria che collega il Manipur con il Nagaland e il resto del paese, mentre si teme una nuova escalation di scontri inter-comunitari.

„Diese brutale und unmenschliche Gewalttat hat unschuldige Diener Gottes das Leben gekostet, die ihr Leben dem Frieden, dem Dienst an der Gemeinschaft und dem spirituellen Wohlergehen ihrer Gemeinden gewidmet haben“, sagte Allen Brooks, Sprecher von UCFNEI. Er sei „zutiefst schockiert, traurig und bestürzt“.

„Diese religiösen Führer“, so Brooks weiter, „waren weder Kämpfer noch Politiker, sondern spirituelle Wegweiser und zugleich Säulen der Hoffnung, der Versöhnung und der moralischen Orientierung in einer Region, die lange von Konflikten gezeichnet war.“

„Dieser kaltblütige Hinterhalt auf Diener Gottes zeugt von einer so tiefen Bosheit und Unmenschlichkeit, dass er das Gewissen jedes zivilisierten Menschen erschüttert“, heißt es in einer Erklärung von UCFNEI.

„Die Ermordung von Baptistenpastoren der Kuki-Gemeinschaft“, heißt es in der Erklärung weiter, „ist nicht einfach ein Angriff auf Einzelpersonen oder einen Stamm, sondern ein Angriff auf den christlichen Glauben, die Heiligkeit des Lebens und das Fundament der Geschwisterlichkeit in Nordostindien. Kein politischer oder ethnischer Konflikt kann jemals die Tötung unbewaffneter Pastoren und Kirchenmitarbeiter auf öffentlichen Straßen rechtfertigen.“

Das Forum fordert die Regierungen von Manipur und des Bundes auf, eine gründliche Untersuchung einzuleiten, um die Täter zu identifizieren und für eine rasche Bestrafung zu sorgen. Es fordert außerdem ein dringendes Eingreifen, „um Versöhnung und Dialog zwischen den Gemeinschaften zu fördern und eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern“ und gleichzeitig „um den Schutz gefährdeter christlicher Gemeinschaften und religiöser Führer in der Region zu gewährleisten.“

„Wir rufen alle christlichen Konfessionen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Menschen guten Willens in Nordostindien und im Rest des Landes dazu auf, sich im Gebet, im Fasten und im friedlichen Eintreten für Gerechtigkeit zu vereinen. Möge diese Tragödie uns nicht weiter spalten, sondern unseren Entschluss stärken, Gewalt im Namen Christi zu bekämpfen, der sagte: ‚Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch; nicht, wie die Welt ihn gibt, gebe ich ihn euch. Euer Herz beunruhige sich nicht und verzage nicht (Joh 14,27)‘“, heißt es in der Erklärung abschließend.

(PA) (Fides 13/5/2026)

# Indien: Wie die „Antikonversionsgesetze“ in der Praxis funktionieren

Zwei Christen wurden festgenommen und inhaftiert, nachdem Extremisten am Sonntag, dem 26. April, eine Gebetsversammlung in Jabalpur, Madhya Pradesh, Indien, gestört hatten.

Beiden Männern wurde vorgeworfen, unrechtmäßig versucht zu haben, durch Gewalt, Täuschung oder Verlockung neue Anhänger zu gewinnen. Die beiden wurden inzwischen gegen Kautionsfreilassung freigelassen.

Die Extremisten drangen gewaltsam in das Gebäude ein, konfrontierten die Gemeinde und zwangen schließlich zur Beendigung des Gottesdienstes.

Das Gesetz zur Religionsfreiheit in Madhya Pradesh, auch „Anti-Konversionsgesetz“ genannt, verbietet die Gewinnung von Konvertiten durch Gewalt oder Zwang.

Dreizehn indische Bundesstaaten haben Anti-Konversionsgesetze.

Extremisten glauben oft fälschlicherweise, dass solche Gesetze alle Konversionen vom Hinduismus unter Strafe stellen oder sogar jede Form christlicher Evangelisation oder Gottesdienstes verbieten.

Die Situation religiöser Minderheiten in Indien ist komplex; einige Bundesstaaten verfolgen eine aggressive antichristliche Agenda, während andere Toleranz und Koexistenz fördern.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/two-christians-arrested-after-prayer-meeting-disrupted-in-madhya-pradesh/>

# Irak: Im Kreuzfeuer

Die Konflikte im Nahen Osten treffen vor allem den westlichen Nachbarn des Iran, den Irak. Auf irakischem Boden befinden sich sowohl Militärstützpunkte der Vereinigten Staaten als auch dem Iran loyale bewaffnete Gruppen, was bedeutet, dass der Irak für beide Seiten ein Ziel darstellt. In chaotischen Zeiten ist die Kirche dazu berufen, eine stabilisierende Kraft zu sein und die Hoffnung und den Frieden Christi zu verkünden. Gläubige im Irak mussten während der Feindseligkeiten zeitweise Schutz suchen, doch dies gab ihnen Gelegenheit, die Hoffnung des Evangeliums weiterzugeben.  
Mission Network News / WORLDNEWS 329 Bridgeway Publications vom 15. April 2026

# Iran: Die aktuelle Lage gibt weiterhin Anlass zu größter Sorge

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtet

Besonders **alarmierend** ist die seit nunmehr **73 Tagen anhaltende, massive Einschränkung des Internets**. Mit über **1.728 Stunden digitaler Isolation** wird die Bevölkerung gezielt von unabhängigen Informationen abgeschnitten. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) warnt, dass diese Blockade systematisch eingesetzt wird, um staatliche Gewalt zu verschleiern und die Dokumentation von **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** zu verhindern.

Berichte über **Hinrichtungen ohne faire Prozesse, Folter und erzwungene Geständnisse häufen sich**. Erst vorgestern wurde ein 29-jähriger Luft- und Raumfahrttechnikstudent hingerichtet - **wir berichteten bereits**. Die **Todesstrafe** wird dabei zunehmend **als Instrument der politischen Einschüchterung** eingesetzt, um jegliche Form von Opposition einzudämmen.

*Und was macht die IGFM?*

Wir sind kein passiver Zuschauer, sondern setzen uns aktiv ein: wir weisen auf das Unrecht hin, wir geben den **Opfern ein Gesicht**, wir **verbreiten die Informationen**, sensibilisieren Medien, Abgeordnete und Entscheidungsträger für die Lage in Iran.

Auch sprechen wir Abgeordnete an, damit sie sich mit einer politischen Patenschaft gezielt für politische Gefangene einsetzen - dies auch mit **tatkräftiger ehrenamtlicher Unterstützung** von IGFM-Mitgliedern, ein **großes Danke** dafür von meiner Seite!

Erst gestern verkündete der **Religionsfreiheitsbeauftragte der Bundesregierung**, Thomas Rachel, seine **Patenschaft** für die beiden jungen Bahá'í **Peyand Naimi und Borna Naimi**, denen die Hinrichtung droht.

Im Folgenden finden Sie eine Zusammenfassung der dokumentierten Fälle und der aktuellen Entwicklungen.

## Weitere Menschenrechtsverletzungen inmitten des Krieges

Das Regime nutzt die 73-tägige Internetblockade, um Hinrichtungen ohne faire Prozesse zu vertuschen und die Bevölkerung von Informationen abzuschneiden. Diese Isolation dient gezielt dazu, Proteste zu kontrollieren und Menschenrechtsverletzungen vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen.

Durch willkürliche Festnahmen, systematische Folter und den Zusammenbruch der medizinischen Versorgung verstärkt die Führung den Druck auf die Zivilgesellschaft. Mit dieser Repression versucht das Regime, jegliche Opposition zum Schweigen zu bringen und die eigene Macht zu legitimieren.

# Kasachstan: Orthodoxer Priester und Kriegsgegner in Einzelhaft

Am 22. April verlängerte ein Untersuchungsgericht in Almaty die Untersuchungshaft des unabhängigen orthodoxen Priesters Yakov Vorontsov um einen weiteren Monat bis 23. Mai. Der 40-jährige Priester wurde am 13. Februar festgenommen. Ihm werden Drogendelikte zur Last gelegt, was sowohl er als auch seine Unterstützer vehement bestreiten.

„Seit seiner Festnahme wird Yakov vollständig von der Außenwelt isoliert, auch von seiner Familie“, erklärte die Journalistin Natalya Boiko, die ihn gut kennt, gegenüber Forum 18. „Ihm wurde jede Form von direktem Kontakt verweigert; weder Telefonate noch Besuche wurden erlaubt“, fügte sie hinzu. „Die Familie ist äußerst verzweifelt und besorgt, und wir teilen ihre große Sorge, da es den Anschein hat, dass er in erzwungener, völliger Isolation von der Welt festgehalten wird.“

Vorontsovs Anwalt Galym Nurpeisov konnte ihn Ende April im Untersuchungsgefängnis besuchen. „Die Verwandten können ihn nicht besuchen“, erklärte er gegenüber Forum 18. „Das ist die Entscheidung des Ermittlungsbeamten, die in seinen Händen liegt. Er könnte Besuche erlauben.“

Ermittler Kametov leitete am 13. Februar ein Strafverfahren gegen Pater Yakov ein. Allerdings waren Nurpeisov bis zum 6. Mai – also mehr als elf Wochen später – die Akten noch nicht übermittelt worden.

Die Justizbehörde der Stadt Almaty verweigerte im Dezember 2025 die Registrierung einer unabhängigen orthodoxen Gemeinde unter der Leitung von Pater Yakov. Offenbar wurde auch der Antrag der Gemeinde vom Januar 2026 abgelehnt. „Wäre sie registriert worden, hätte ich meiner Meinung nach offiziell darüber informiert werden müssen“, erklärte Nurlan Kikimov, der Leiter der Abteilung für religiöse Angelegenheiten der Stadt Almaty, gegenüber Forum 18.

Pater Yakov, der in seiner Geburtsstadt Almaty als Priester in der dem Moskauer Patriarchat unterstehenden Orthodoxen Kirche von Kasachstan wirkte, war ein entschiedener Gegner des Krieges gegen die Ukraine. „Das Moskauer Patriarchat unterstützt den Krieg in der Ukraine“, erklärte Natalya Boiko gegenüber Forum 18. „Genau deshalb wollte Yakov sich vom Moskauer Patriarchat lösen und hat dieses Thema angesprochen – und deshalb wird er jetzt bestraft.“

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 8. Mai 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

# Kongo: IS zunehmend aktiv

Islamistische Terroristen haben sich zu der Tötung von mehr als 80 Christen bei mehreren bewaffneten Überfällen im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) bekannt.

Bei dem tödlichsten Angriff wurden schätzungsweise 60 „christliche Kämpfer“ von Kämpfern der „Provinz Zentralafrika des Islamischen Staates“ (ISCAP) bei einem Angriff am 5. Mai im Gebiet Beni an der Grenze zwischen den Provinzen Nord-Kivu und Ituri getötet.

In den letzten Monaten hat die Propaganda des Islamischen Staates den Begriff „Kämpfer“ verwendet, um Christen zu bezeichnen, die sich geweigert haben, entweder zum Islam zu konvertieren oder den Status als Dhimmi, also als unterworfenen Volk, anzunehmen. Im klassischen Islam müssen diejenigen, die einen solchen Status akzeptieren, die Jizya-Steuer an ihre islamischen Eroberer entrichten.

In einer auf den Social-Media-Kanälen des Islamischen Staates veröffentlichten Erklärung hieß es: „Die Anbeter des Kreuzes sollen wissen, dass sie keine Sicherheit haben, es sei denn, sie unterwerfen sich freiwillig oder zahlen die Jizya in Demütigung.“

Zwei Tage später wurden weitere 15 Christen bei einem dritten Angriff in Beni getötet, gefolgt von der Ermordung von neun und der Entführung von sechs weiteren Personen am Sonntag, dem 10. Mai, im Dorf Makumu in Ituri.

Ein aktueller Bericht hob die „weitreichende Brutalität“ hervor, die von der ISCAP (früher bekannt als Allied Democratic Forces oder ADF) ausgeübt wird, darunter Massenmorde, Zwangsarbeit, Folter, Misshandlung und sexuelle Gewalt.

ISCAP hat die Tötung von fast 1.000 Christen im Nordosten der DR Kongo für sich beansprucht, seit ihre seit langem andauernde Gewaltkampagne im Dezember 2024 eskalierte.

Bis zu 60 Gläubige wurden am 1. April im Mambasa-Territorium in Ituri getötet, nachdem sie ein von ISCAP als „großzügiges Angebot“ bezeichnetes Angebot abgelehnt hatten.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/more-than-80-christians-slaughtered-in-north-eastern-d-r-congo/>

# Mosambik: Weitere islamistische Übergriffe in der Provinz Cabo Delgado

## Katholischer Bischof von Quelimane bittet um Gebet

Quelimane (Fides) – In der Provinz Cabo Delgado kommt es zu weiteren islamistischen Übergriffen. Jüngste Angriffe in Distrikten wie Nangade, Mocímboa da Praia und südlichen Gebieten richteten sich gegen Zivilisten, Soldaten, Missionare und Bergleute. Dabei wurden Menschen getötet, Häuser in Brand gesteckt und Hunderte vertrieben. Bei einem Überfall in Namacuili kamen mindestens vier Menschen ums Leben, während bewaffnete Gruppen die Distrikte Ancuabe und Macomia angreifen. „Die Lage scheint außer Kontrolle geraten zu sein“, sagte Bischof Osório Citoro Afonso (IMC) von Quelimane gegenüber Fides. „Die Angriffe dauern in denselben Gebieten an, und die Bevölkerung lebt in Angst. Besonders Frauen befinden sich in einer schwierigen Lage. Abgesehen von den Nachrichtenberichten geht die Zerstörung weiter; viele Opfer und Christen wurden getötet. Ich bitte alle, für uns zu beten“, so der Consolata-Missionar, der zugleich Apostolischer Administrator des Erzbistums Beira ist.

Insgesamt wurden über eine Million Menschen durch den Konflikt vertrieben. Die Kämpfe mit mosambikanischen und ruandischen Streitkräften dauern an, und es gibt Berichte über getötete Soldaten und Überfälle von Aufständischen. Zudem bleibt der Zugang zu humanitärer Hilfe schwierig. Das Nationale Institut für Katastrophenmanagement (INGD) warnte, dass die humanitäre Hilfe in der nördlichen Provinz Cabo Delgado aufgrund einer Kombination aus Terroranschlägen, Überschwemmungen und Hochwasser, die dieselben Gemeinden betreffen, stark unter Druck steht. In einer von den lokalen Behörden veröffentlichten Erklärung sagte Marques Naba, der INGD-Delegierte in Cabo Delgado, dass die humanitäre Hilfe an ein „komplexes und gleichzeitig auftretendes Szenario“ angepasst werden müsse. Naba erklärte, dass von der aktuellen Regenzeit 4.570 Häuser betroffen waren, von denen 1.316 zerstört wurden. Unterdessen konnten mehr als 600.000 Menschen, die zuvor durch den Konflikt in Cabo Delgado vertrieben worden waren, in ihre Heimatgebiete zurückgekehrt. Die Regierung und regionale Streitkräfte (einschließlich ruandischer Truppen) sind aktiv im Einsatz, doch die Situation führt zu einer immer ernsteren humanitären Krise.

(AP) (Fides 12/5/2026)

# Myanmar: Aus Kindergärten gehen christliche Gemeinden hervor

## Bergneustadt: Der Verein HelpMy wurde vor zehn Jahren gegründet

Bergneustadt/Yangon (IDEA) – Der christliche Verein HelpMy (Bergneustadt) hat in den vergangenen Jahren eine breit angelegte Hilfsarbeit für Menschen in Myanmar (früher Burma) aufgebaut. Das teilte der Verein aus Anlass seines zehnjährigen Bestehens mit. Bei seiner Gründung unterstützte HelpMy einen Kindergarten in den Elendsvierteln der Millionenstadt Yangon (früher Rangun). Mittlerweile fördere er zehn Kindergärten. Aus ihnen seien fünf christliche Gemeinden hervorgegangen. In ihnen hätten sich in den vergangenen Jahren 70 Personen für ein Leben mit Jesus entschieden und taufen lassen. Außerdem habe der Verein rund 150 Schulpatenschaften vermittelt und über 1.000 Kinder betreut. HelpMy fördert darüber hinaus die Sozialarbeit in Armenvierteln, medizinische Nothilfe und die Versorgung bedürftiger Familien mit Lebensmitteln. Der Verein wurde gegründet, um die Trägerschaft für die Arbeit zu übernehmen, die seit 2014 von der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Wiedenest zusammen mit Partnern in Myanmar aufgebaut worden war. Ehrenamtlicher Vorsitzender ist der Pastoralreferent Veit Claesberg (Bergneustadt). 74 Prozent der 55 Millionen Einwohner Myanmars sind Buddhisten, acht Prozent Christen, vier Prozent Muslime und zwei Prozent Hindus.

# Nahost: Neuer chaldäischer Patriarch warnt vor Eskalation

## Paul III. Nona kennt Auswirkungen von Krieg und Vertreibung aus eigener Erfahrung

Bagdad/München (IDEA) – Der neue Patriarch der chaldäisch-katholischen Kirche, Paul III. Nona (Bagdad), hat die internationale Gemeinschaft vor einer weiteren Eskalation der Konflikte im Nahen Osten gewarnt. Der 58-Jährige, der am 29. Mai in der irakischen Hauptstadt offiziell in sein Amt eingeführt wird, äußerte sich gegenüber dem katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“ (München). Wörtlich sagte er: „Wir können nicht akzeptieren, dass Jahr für Jahr in diesem oder jenem Land ein neuer Krieg ausbricht.“ Die Sehnsucht nach Frieden sei groß. Die Menschen im Nahen Osten forderten von der internationalen Gemeinschaft Respekt vor ihren Völkern und vor ihrer Souveränität. Nur so könne verhindert werden, dass der Nahe Osten dauerhaft „zum Schauplatz geopolitischer Konflikte“ werde. Nona kennt die Auswirkungen von Krieg aus eigener Erfahrung. Er war von 2010 bis 2014 Erzbischof von Mossul. Während der Besetzung der Stadt durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) mussten Hunderttausende Christen und andere Minderheiten aus ihrer Heimat fliehen. Auch die Gemeinde des Geistlichen wurde vertrieben. Im Anschluss leitete er die chaldäische Kirche in Australien. Gerade das Leiden habe den Glauben vieler Christen vertieft, so der Patriarch. Das Zeugnis der Christen im Irak bestehe darin, „unermesslich gelitten und dennoch einen tiefen, unerschütterlichen Glauben bewahrt zu haben“. Als Leitwort für sein Patriarchat wählte Nona die Worte Jesu „Fürchte dich nicht, glaube nur!“ (Markus 5,36). Die chaldäisch-katholische Kirche ist die größte katholische Kirche des Irak mit einer halben Million Gläubigen, von denen viele im Ausland leben. Sie gehört zu den mit Rom verbundenen Ostkirchen.

# Nigeria: Bischof von Wukari zieht Bilanz

**“Seit September über 98.000 Vertriebene, 217 zerstörte Kirchen und über 100 Tote“**

Abuja (Fides) – „Seit September wurden über 98.000 Menschen, darunter 16 Priester, aufgrund der anhaltenden Gewalt im südlichen Teil des Bundesstaates Taraba (im Nordosten Nigerias) vertrieben, während 217 Kirchen vollständig zerstört wurden“, berichtet Bischof Mark Maigida Nzukwein von Wukari in einer Erklärung, die im Anschluss an die dritte Generalversammlung der Diözese veröffentlicht wurde. „Auch die Wohnungen von acht Priestern wurden verwüstet, und Schätzungen zufolge wurden über 100 Menschen getötet“, heißt es in der Erklärung. Zu den zuletzt angegriffenen Kirchen gehört die „Saint James the Great Catholic Church“ in Adu im Distrikt Takum. Ein Brand beschädigte am 4. März die Marienkathedrale in Wukari schwer.

Die Gewalt betrifft vor allem Gebiete wie den Distrikt Chanchanji in im Verwaltungsbezirk Takum sowie die Bezirke Ussa und Donga.

Diese Angriffe auf ländliche Gemeinden werden höchstwahrscheinlich von Banden Hirten aus dem Volk der Fulani verübt, die vorwiegend christliche oft von der Volksgruppe der Tiv bewohnte Dörfer ins Visier nehmen. Nachdem sie Häuser, Kirchen und andere Gebäude zerstört haben, besetzen die Angreifer oft illegal das Land der geflohenen Bewohner. Die Überfälle der Hirten verschärfen den jahrhundertealten Landkonflikt zwischen den Tiv und den Jukun .

Am 12. Februar dieses Jahres demonstrierten Geistliche der Diözesen Wukari und Jalingo und forderten ein sofortiges Eingreifen der Regierung, um die Welle von Morden, Entführungen und Zerstörungen zu stoppen, die christliche landwirtschaftliche Gemeinden, insbesondere die Tiv-Bevölkerung im südlichen Taraba, betrifft. Am Rande der Demonstration berichtete die Diözese Wukari: „Bislang wurden mehr als 80 Menschen getötet, viele weitere verletzt, über 200 Gemeinden und Kirchen zerstört und über 90.000 Christen zur Flucht gezwungen.“

Knapp drei Monate später sind diese Zahlen trotz dringender Appelle an die Behörden, die Sicherheit der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten wiederherzustellen, weiter gestiegen.

(L.M.) (Fides 11/5/2026)

# Nigeria: Nach der Entführung im Februar

## Pfarrer Nathaniel Asuwaye ist frei

Abuja (Agenzia Fides) – Der am 7. Februar 2026 entführte Pfarrer Nathaniel Asuwaye ist freigelassen worden. Das Bistum Kafanchan teilte dies den Gläubigen am 12. Mai in einer Erklärung mit: „In tiefer Dankbarkeit gegenüber Gott geben wir die Freilassung von Pfarrer Nathaniel Asuwaye nach dreimonatiger Gefangenschaft bekannt.“ „Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können“, heißt Erklärung, die Fides vorliegt weiter, „dass Pfarrer Nathaniel nun in Sicherheit ist und die notwendige medizinische Versorgung erhält. Sein Zustand ist stabil, er ist guter Dinge und dankt für die Gebete und die Unterstützung.“ Pfarrer Nathaniel ist Gemeindepfarrer der Kirche der Heiligen Dreifaltigkeit in Karku im Verwaltungsbezirk Kaura im Bundesstaat Kaduna und wurde am frühen Morgen des 7. Februar zusammen mit zehn Gemeindegliedern von bewaffneten Männern aus seinem Pfarrhaus entführt. Bei dem Überfall wurden mindestens drei Menschen getötet. „Nach der Entführung“, erinnert sich das Bistum, „riefen wir die Gläubigen zum Gebet für seine Freilassung auf.“ „Ende April widmeten wir den Mai unaufhörlichen Gebeten während unserer jährlichen Andachten und anderer Gebete, insbesondere während der Heiligen Messe“. „Gott, der jene nicht verlässt, die seinen Namen tragen und ihn anrufen, hat unsere Gebete erhört und die sichere Rückkehr von Pater Nathaniel gewährt“, schließt die Erklärung von Pater Jacob Shanet, dem Kanzler des Bistums.

Über das Schicksal der zehn weiteren Personen, die zusammen mit dem Priester entführt wurden, gibt es derzeit keine Neuigkeiten.

Nach der Freilassung von Pfarrer Nathaniel befinden sich mindestens zwei weitere Priester weiterhin in der Gewalt von Entführern. Es handelt sich um Pfarrer Joseph Igweagu aus dem Bistum Aguleri im Bundesstaat Anambra, der am 12. Oktober 2022 entführt wurde und Pfarrer Emmanuel Ezema aus der Diözese Zaria im Bundesstaat Kaduna, der am 2. Dezember 2025 entführt wurde.

(L.M.) (Fides 13/5/2026)

# Pakistan/USA: US-Behörde sieht Verschlechterung der Religionsfreiheit in Pakistan

Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) forderte diese Woche die US-Regierung auf, Pakistan aufgrund systematischer, anhaltender und schwerwiegender Verletzungen der Religionsfreiheit erneut als „Land von besonderer Besorgnis“ (CPC) einzustufen.

USCIRF stellte in ihrem Jahresbericht 2026 fest, dass sich die Religionsfreiheit in Pakistan im Jahr 2025 weiter verschlechtert habe, und verwies dabei auf die anhaltende Anwendung von Blasphemiegesetzen, gewalttätige Ausschreitungen gegen religiöse Minderheiten und Zwangskonvertierungen von Mädchen aus Minderheitengemeinschaften, insbesondere aus christlichen und hinduistischen. Der Bericht wurde am 4. März veröffentlicht.

Die Kommission empfahl dem US-Außenministerium, Pakistan nicht nur erneut als CPC gemäß dem International Religious Freedom Act von 1998 (IRFA) einzustufen, sondern auch eine bestehende Ausnahmeregelung aufzuheben, die Pakistan von den mit dieser Einstufung verbundenen Sanktionen befreit. Darüber hinaus forderte die USCIRF gezielte Sanktionen gegen pakistanische Beamte und Behörden, die für schwere Verletzungen der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit verantwortlich sind, darunter das Einfrieren von Vermögenswerten und Visabeschränkungen.

„China verhaftet Mitglieder von Untergrundkirchen, in Indien und Pakistan nimmt die Gewalt durch den Mob zu, was zu Angriffen auf religiöse Minderheiten und zur Zerstörung ihrer Häuser führt, das Militär in Myanmar bombardiert Gotteshäuser, und Tadschikistan verweigert Eltern das Recht, ihren Kindern den Glauben zu vermitteln“, sagte Vicky Hartzler, Vorsitzende der USCIRF. „Wie der Jahresbericht der USCIRF zeigt, wird viel zu vielen Menschen in wichtigen Ländern die Religionsfreiheit durch ungerechte Gesetze, Diskriminierung, Schikanen, Gewalt und sogar Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwehrt.“

Der Jahresbericht der Kommission, der gemäß dem IRFA erstellt wird, dokumentiert die Lage der Religionsfreiheit weltweit und enthält politische Empfehlungen an den US-Präsidenten, den Außenminister und den Kongress.

Der stellvertretende Vorsitzende der USCIRF, Asif Mahmood, sagte, der weltweite Trend zu staatlicher Unterdrückung und Gewalt durch nichtstaatliche Akteure mache die Berichterstattung über Religionsfreiheit immer dringlicher.

„Religionsfreiheit ist ein universelles Menschenrecht für alle“, sagte Mahmood. „Staatliche Unterdrückung und Gewalt durch nichtstaatliche Akteure nehmen an vielen Orten weltweit zu, was oft verheerende Auswirkungen auf betroffene Religionsgemeinschaften hat und unschuldige Menschenleben fordert.“

In den jüngsten CPC-Einstufungen des Außenministeriums vom 29. Dezember 2023 wurde Pakistan zusammen mit Burma, der Volksrepublik China, Kuba, Eritrea, dem Iran, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Nicaragua, Russland, Saudi-Arabien, Tadschikistan und Turkmenistan aufgeführt.

## Missbrauch der Blasphemiegesetze

Pakistans Blasphemiegesetze blieben laut dem Bericht auch im Jahr 2025 einer der Hauptgründe für religiöse Verfolgung und betrafen sowohl Muslime als auch religiöse Minderheiten, darunter Christen, Hindus und Ahmadis.

Die Behörden wandten weiterhin die harten Strafen der Gesetze, einschließlich der Todesstrafe, für angebliche Beleidigungen des Islam an, hieß es.

Im Januar 2025 wurden vier Personen zum Tode verurteilt, nachdem sie wegen der Veröffentlichung „blasphemischer“ Inhalte in sozialen Medien für schuldig befunden worden waren. Im selben Monat wurde ein psychisch kranker christlicher Mann, Farhan Masih, unter Berufung auf Blasphemie- und Terrorismusbestimmungen angeklagt. Obwohl er später freigesprochen wurde, stellte der Bericht fest, dass er aus Angst um seine Sicherheit nicht in sein Dorf zurückkehren konnte.

Auch die Gerichte verzögerten weiterhin langwierige Blasphemie-Verfahren, so der Bericht, der den Fall von Junaid Hafeez anführte, einem muslimischen Universitätsdozenten, der 2019 zum Tode verurteilt worden war und dessen Berufungsverhandlung im März 2025 von der Fallliste des Obersten Gerichtshofs in Lahore gestrichen wurde. Hafeez befindet sich seit seiner Festnahme im Jahr 2014 in Einzelhaft.

USCIRF stellte fest, dass sich die Angriffe durch Mobs und die Gewalt durch Selbstjustiz gegen religiöse Minderheiten im Laufe des Jahres verschärften und ein „Klima der Angst und Intoleranz“ schufen.

Im März 2025 habe ein muslimischer Arbeiter angeblich versucht, seinen christlichen Kollegen Waqas Masih zu töten, indem er ihm die Kehle durchschnitt, nachdem er ihn beschuldigt hatte, ein islamisches Lehrbuch mit „unreinen Händen“ berührt zu haben. Tage später sei ein Hindu, Nadeem Naath, erschossen worden, nachdem er sich Berichten zufolge geweigert habe, zum Islam zu konvertieren.

Die Kommission hob zudem anhaltende Berichte über Zwangskonvertierungen und -heiraten mit minderjährigen Mädchen aus Minderheitengemeinschaften hervor. Im Februar 2025 wurde Berichten zufolge ein 12-jähriges christliches Mädchen entführt, zum Islam bekehrt und mit einem 35-jährigen Muslim in der Provinz Sindh verheiratet, heißt es in dem Bericht, ohne die Identität des Opfers preiszugeben.

Ein weiterer Fall betraf ein 15-jähriges hinduistisches Mädchen, Shahneela, die laut dem Bericht von bewaffneten Muslimen aus ihrem Haus in Matli entführt und anschließend gewaltsam bekehrt wurde.

Menschenrechtsgruppen dokumentieren solche Fälle seit langem, von denen insbesondere christliche und hinduistische Mädchen aus armen Familien betroffen sind.

USCIRF äußerte zudem Besorgnis über anhaltende Einschränkungen der Religionsausübung der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinschaft, die nach pakistanischem Recht als nicht-muslimisch gilt. Im Laufe des Jahres 2025 verhafteten die Behörden Ahmadis wegen des Verrichtens von Gebeten und ließen zu, dass Menschenmengen Ahmadiyya-Gebetsstätten verwüsteten, wie es hieß.

Im Februar 2025 zerstörten Mitglieder der inzwischen verbotenen islamistischen religiös-politischen Partei Tehreek-e-Labbaik Pakistan (TLP) Minarette einer Ahmadi-Moschee in Sialkot, ohne dass die Polizei eingriff. Im darauffolgenden Monat verhaftete die Polizei Dutzende von Ahmadis, darunter auch Kinder, weil sie Freitagsgebete verrichtet hatten.

Bei einem weiteren Vorfall im April stürmte ein TLP-Mob eine Ahmadi-Moschee und schlug einen Ahmadi-Mann, Laeeq Cheema, zu Tode, als er versuchte, die Gläubigen daran zu hindern, Gebete abzuhalten. Die Polizei habe es Berichten zufolge versäumt, einzugreifen, hieß es in dem Bericht.

Im Dezember verabschiedete das pakistanische Parlament den Gesetzentwurf zur Nationalen Kommission für Minderheitenrechte, der die Einrichtung eines Gremiums zur Behandlung von Minderheitenfragen vorsieht. Der USCIRF-Bericht merkte jedoch an, dass der Justizminister betonte, das Gesetz würde bestehende Anti-Ahmadiyya-Gesetze nicht außer Kraft setzen, was bei Menschenrechtsaktivisten Besorgnis auslöste.

Über die erneute Einstufung Pakistans als CPC hinaus empfahl die USCIRF der US-Regierung, im Rahmen des IRFA ein verbindliches Abkommen mit Pakistan zu schließen, um Reformen zu fördern.

„Diese Schritte sollten die Freilassung von wegen Blasphemie inhaftierten Personen, die Aufhebung von Blasphemie- und Anti-Ahmadiyya-Gesetzen sowie die strafrechtliche Verfolgung von Personen umfassen, die für Selbstjustiz, Zwangskonvertierungen und andere religiös motivierte Verbrechen verantwortlich sind“, forderte die Kommission.

Sie forderte den US-Kongress zudem auf, Fragen der Religionsfreiheit in seine umfassendere Überwachung der Beziehungen zwischen den USA und Pakistan einzubeziehen, einschließlich der Fürsprache für die Freilassung von Gefangenen, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen inhaftiert sind.

USCIRF hat in früheren Berichten wiederholt empfohlen, Pakistan als CPC einzustufen, und davor gewarnt, dass religiöse Minderheiten im Land ohne strukturelle Rechtsreformen und strengere Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden weiterhin Gewalt, Diskriminierung und Verfolgung unter umstrittenen Gesetzen ausgesetzt bleiben.

Pakistan, wo mehr als 96 Prozent der Bevölkerung muslimisch sind, belegte auf der Weltverfolgungsliste 2026 von Open Doors den achten Platz unter den Ländern, in denen Christen der schwersten Verfolgung ausgesetzt sind.

<https://morningstarnews.org/2026/03/independent-u-s-body-urges-cpc-redesignation-for-pakistan/>

# Pakistan: Gericht lehnt Geburtsurkunde in Fall von Zwangskonvertierung ab

Ein pakistanisches Gericht hat am 6. Mai die offizielle Geburtsurkunde eines christlichen Mädchens, das angeblich zur Konversion zum Islam gezwungen wurde, zurückgewiesen und eine medizinische Untersuchung angeordnet, um ihr Alter festzustellen, so der Anwalt der Familie.

Der Anwalt am Obersten Gerichtshof, Saqib Jillani, sagte, dass ein aus zwei Richtern bestehendes Gremium des Bundesverfassungsgerichts (FCC), bestehend aus Richter Aamer Farooq und Richter K.K. Agha, die Echtheit der von der National Database and Registration Authority (NADRA) ausgestellten Geburtsurkunde für Sonia Tariq in Frage stellte, deren Familie angibt, sie sei 15 Jahre alt.

Sonia behauptet, sie sei 20 Jahre alt, freiwillig zum Islam konvertiert und wolle nicht zu ihrer christlichen Familie zurückkehren.

Jillani sagte, Sonia sei 13 Jahre alt gewesen, als sie begann, in einem Schönheitssalon in Lahore in der Provinz Punjab zu arbeiten, und unter Druck gesetzt worden sei, zum Islam zu konvertieren.

„Ihr Vater, Tariq Nadeem, erstattete Anzeige wegen Entführung gegen Unbekannte, als seine Tochter am 7. November 2024 nicht von der Arbeit nach Hause zurückkehrte“, erklärte Jillani gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Einige Tage später nannte Nadeem Sonias muslimische Kollegin Ayesha Akram, deren Vater Akram Barkat und eine weitere Person, Zulfiqar Dogar, und beschuldigte sie, sie unter dem Vorwand der islamischen Konversion und Heirat zur sexuellen Ausbeutung entführt zu haben.“

Sonia erklärte später vor einem Richter, sie sei freiwillig zum Islam konvertiert und wolle nicht zu ihrer christlichen Familie zurückkehren, obwohl diese Aussage offenbar unter Zwang gemacht worden sei, so Jillani.

„Die Familie wandte sich daraufhin an den Obersten Gerichtshof von Lahore, um das Sorgerecht für sie zu erwirken, doch das Gericht schickte sie stattdessen ins Darul Amaan, eine staatliche Frauenunterkunft“, sagte er. „Das Gericht stellte fest, dass das Mädchen laut ihrer NADRA-Geburtsurkunde minderjährig war, und wies an, dass ein Richter über die Sorgerechtsfrage unter Berücksichtigung ihrer angeblichen Religionskonversion entscheiden solle.“

Jillani sagte, Sonias mutmaßliche Entführer hätten im Januar 2025 das Sorgerecht für sie aus dem Frauenhaus beantragt und vor einem Richter behauptet, sie wolle bei einer muslimischen Freundin leben. Der Richter lehnte den Antrag ab und entschied, dass das Obergericht sie unter seine elterliche Aufsicht gestellt habe und er ihr nicht gestatten werde, das Frauenhaus zu verlassen.

Jillani sagte jedoch, der Verdächtige habe sich im Juni 2025 „in Absprache mit dem Leiter des Frauenhauses“ an einen anderen Richter gewandt, der Sonia daraufhin erlaubte, mit wem auch immer sie wolle, das Frauenhaus zu verlassen.

Die Familie focht daraufhin die Anordnung des Obersten Gerichtshofs vor dem Obersten Gerichtshof Pakistans an und argumentierte, dass Sonia nicht in einer Schutzunterkunft bleiben sollte, selbst wenn sie ihren Glauben gewechselt habe. Die Petition wurde später an das FCC weitergeleitet, das vor zwei Wochen die Polizei anwies, sie vor Gericht vorzuführen, sagte Jillani.

„In der Anhörung am Mittwoch war unser Hauptargument, dass wir befürchten, das minderjährige Kind sei gewaltsam konvertiert worden und möglicherweise bereits verheiratet oder werde bald verheiratet, weshalb das Sorgerecht wieder ihren Eltern übertragen werden sollte“, sagte er. „Wir haben dem Gericht auch mitgeteilt, dass die Familie keine Einwände gegen ihre Konversion habe, sofern diese wirklich aus freiem Willen erfolgte.“

Er sagte, Sonia habe dem Gericht mitgeteilt, sie wolle nicht nach Hause zurückkehren, da ihre Eltern sie unter Druck setzen würden, zum Christentum zurückzukehren.

„Ich habe eingewandt, dass das Mädchen diese Aussagen unter dem Einfluss und dem Druck ihrer Entführer gemacht habe, und argumentiert, dass sie rechtlich nicht von ihren Eltern ferngehalten werden darf, bis sie das 18. Lebensjahr erreicht hat“, sagte Jillani.

Als Reaktion auf die Bedenken der Familie, dass Sonia nach ihrer Konversion möglicherweise bereits verheiratet worden sei, teilte die Polizei dem Gericht mit, dass keine Eheschließung stattgefunden habe, sagte er.

„Ich traue der Behauptung der Polizei jedoch nicht, da es kein zentrales System gibt, um solche Ehen zu überprüfen“, fügte Jillani hinzu.

Während der Verhandlung am Mittwoch stellten die Richter die Annahme, dass NADRA-Aufzeichnungen vor Manipulationen gefeit seien, offen in Frage.

„Wer sagt, dass NADRA-Aufzeichnungen nicht manipuliert werden können?“, fragte Farooq, als Jillani Sonias Geburtsurkunde vorlegte.

Der Richter merkte an, dass offizielle Aufzeichnungen in Pakistan leicht manipuliert werden könnten, sagte der Anwalt.

„Gehen Sie zur NADRA und lassen Sie sich alles machen, was Sie wollen – in diesem Land ist alles möglich“, sagte Farooq und fügte hinzu, dass solche Praktiken leider gang und gäbe seien.

Er fügte hinzu, dass sich Gerichte bei der Altersfeststellung nicht automatisch auf NADRA-Dokumente verlassen könnten, und wies darauf hin, dass Eltern das Alter ihrer Kinder in offiziellen Aufzeichnungen häufig zu niedrig angäben.

Der stellvertretende Generalstaatsanwalt von Punjab, Waseem Mumtaz Malik, argumentierte, dass Sonia, sollte sich herausstellen, dass sie unter 18 sei, zu ihren Eltern zurückgebracht werden sollte; andernfalls solle sie im Darul Amaan in Lahore bleiben.

Das FCC ordnete daraufhin einen Knochenalterungstest an, um Sonias Alter festzustellen. Bis die Ergebnisse vorliegen, wies das Gericht an, dass sie im Darul Amaan untergebracht werden solle, anstatt in dem Schönheitssalon, in dem sie sich Berichten zufolge aufgehalten hatte.

Das Gericht gestattete ihren Eltern zudem, sie dort zu besuchen, und vertagte die Verhandlung auf den 20. Mai.

Nadeem, Sonias 57-jähriger Vater, sagte, die Familie habe fast zwei Jahre lang versucht, das Sorgerecht für ihre Tochter zurückzugewinnen, nachdem sie verschwunden war.

„Ich leide an einer Augenkrankheit und kann nicht arbeiten“, sagte er gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Meine Frau und ich haben fünf Kinder – drei Töchter und zwei Söhne – und Sonia ist unser zweites Kind. Meine Söhne sind noch sehr jung und leben zu Hause, während meine Frau und meine beiden Töchter als Haushaltshilfen arbeiten, um die Familie zu ernähren.“

Nadeem sagte, die Polizei habe Druck auf ihn ausgeübt, den Fall aufzugeben, anstatt ihm bei der Suche nach seiner Tochter zu helfen.

„Sie sagten mir immer wieder, dass sie zum Islam konvertiert sei und aus freiem Willen geheiratet habe“, sagte er. „Sie legten uns keine Beweise für ihre Heirat vor, setzten mich aber immer wieder unter Druck, die Suche nach ihr einzustellen.“

Er sagte, er glaube, dass seine Tochter von ihren muslimischen Arbeitskollegen dazu gezwungen worden sei, dem Christentum abzuschwören.

„Es ist ganz klar, dass sie unter ihrem Einfluss und Druck steht, weshalb sie darauf besteht, bei ihnen zu bleiben“, sagte er. „Wir bleiben zuversichtlich, dass sie in unsere Obhut zurückkehren wird, sobald das Gericht feststellt, dass sie minderjährig ist.“

Die jüngste Entwicklung ist bereits das zweite Mal, dass das FCC die Zuverlässigkeit der NADRA-Unterlagen in einem vielbeachteten Konversions- und Heiratsfall mit einer minderjährigen Christin in Frage gestellt hat.

In einem umstrittenen Urteil vom 3. Februar bestätigte eine andere FCC-Kammer die Ehe der 13-jährigen Christin Maria Shahbaz mit Shehryar Ahmad, einem 30-jährigen muslimischen Mann, den ihre Familie der Entführung beschuldigte.

In seinem am 25. März veröffentlichten ausführlichen Urteil stellte das aus zwei Richtern bestehende Gremium die Zuverlässigkeit der NADRA- und der lokalen Gewerkschaftsratsunterlagen in Frage und verwies dabei auf verspätete Registrierungen, Unstimmigkeiten in den Unterlagen und Widersprüche in den Aussagen bezüglich ihres Alters. Das Gericht entschied, dass solche Unterlagen ohne zufriedenstellende Erklärung oder unabhängige Bestätigung nicht als schlüssiger Beweis gewertet werden könnten.

<https://morningstarnews.org/2026/05/pakistan-court-rejects-birth-record-in-forced-conversion-case/>

# Republik Moldau: „Biblische Geschichten“ in gagausischer Sprache

(Licht im Osten) Unter Mitwirkung des Missionsleiters von LIO Moldau wurde Ende März die gagausische Übersetzung unserer LICHT IM OSTEN-Kinderbibel „Biblische Geschichten“ in Gagausien bei einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt. An der Veranstaltung nahmen Mitarbeiter der gagausischen Bildungsbehörde, Lehrer für Gagausisch, Studenten, Schüler, Schriftsteller, Musiker, Universitätsprofessoren, Bibliothekare und Vertreter der Medien Gagausiens teil. Insgesamt waren etwa 70 Personen bei der Präsentation anwesend.

Es ist sehr bewegend, dass dieses Projekt auf Bitte der gagausischen Bildungsbehörde hin in Angriff genommen worden war. Denn sie sieht darin einen in dreifacher Hinsicht wertvollen Beitrag für das gesamte gagausische Volk: Die Biblischen Geschichten vermitteln wertvolle Werte für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und des Zusammenlebens; das gemeinsame Lesen in der Familie trägt zu einer Stärkung des Familienlebens bei; und die hohe sprachliche Qualität der Übersetzung leistet bei den Kindern einen bedeutenden Beitrag zur Vertiefung ihrer Kenntnisse der gagausischen Sprache. Der Koordinator des Projekts, selbst Lehrer der gagausischen Sprache, wurde zweimal zu einem Interview in gagausischer Sprache eingeladen, um über dieses Projekt zu berichten: beim gagausischen Radio und beim gagausischen Fernsehen. Außerdem drehten Journalisten eines Nachrichtensenders während der Präsentation einen Bericht, der anschließend in den Nachrichten ausgestrahlt wurde.

Mit Unterstützung der Leitungen der Kulturbehörde und der Bildungsbehörde von Gagausien werden diese Bücher in Kürze in ganz Gagausien an alle Schulbibliotheken, alle öffentlichen Bibliotheken, jeden Lehrer für gagausische Sprache, alle Bibliotheken der Kindergärten und an die Erzieher der Gruppen mit gagausischer Unterrichtssprache verteilt. Hierüber bestehen bereits Vereinbarungen mit den Leitern dieser Behörden.

Darüber hinaus werden die Bücher über einen Internetshop verbreitet.

> Danken Sie mit uns für diese riesengroße Möglichkeit,

dass das Wort Gottes auf so einem höchst offiziellen Weg in ganz Gagausien verbreitet werden kann.

> Beten Sie mit uns, dass Gottes Geist viele, viele Herzen der Kinder, der Familien und der Bildungsverantwortlichen anrührt und sie sich zu einem Leben mit Christus einladen lassen und sich ihm anvertrauen.

# Rußland: Geflüchteter russischer Priester berichtet von Druck in der Kirche

Ein Priester der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), der dank eines humanitären Visums vor einem Monat nach Frankreich emigrieren konnte, hat in einem Interview detailliert über die Situation von Kriegsgegnern innerhalb der ROK berichtet. Konstantin Kokora, Theologe und Lehrer aus Moskau, kam bereits 2023 unter Druck, weil er das umstrittene Gebet über den Sieg der Heiligen Rus in abgeänderter Form vorgetragen und seine Meinung zu Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine geäußert hatte. Später wurde ihm der Dienst verboten und jegliche Aktivität im kirchlichen Bereich verunmöglicht, was ihn schließlich zur Emigration veranlasste. Im September 2022 ordnete der russische Patriarch Kirill an, dass alle Geistlichen bei jeder Hl. Liturgie das Gebet „Über die Heilige Rus“ vortragen müssen. Kokora störte sich an der darin enthaltenen Bitte um den Sieg, er ließ die betreffende Stelle weg oder fügte der Bitte um den Sieg ein „über die Sünde“ an. 2023 rief ihn sein Bischof zu sich und forderte ihn auf, das Gebet unverändert vorzutragen. Sonst würde er an den Patriarchen schreiben, und Kokora würde es wie Ioann Koval ergehen. Daraufhin zwang er sich aus wirtschaftlicher Angst zur vollständigen Form des Gebets, litt aber sehr darunter. Nachdem dem prominenten Priester Alexej Uminskij zunächst der Dienst verboten und dann der Rang aberkannt worden war, hörte er wieder damit auf.

Im Sommer 2024 warnte ihn der zweite Geistliche seiner Kirche, dass er beobachtet werde. Der Vorsteher der Kirche wies ihn darauf hin, dass sich Gemeindemitglieder wegen des Gebets über ihn beschwerten. Danach versammelte der Vorsteher alle Geistlichen und Diakone in ihrer Kirche und stellte Kokora ein Ultimatum, das Gebet „richtig“ vorzutragen, sonst würde er es der Leitung melden. Unter vier Augen erklärte er ihm, dass die ROK wie die Armee sei, Anordnungen müssten befolgt werden. Dieser Vergleich ist für Kokora inakzeptabel, was er dem Vorsteher auch klar sagte. Von den Gemeindemitgliedern befürwortet laut Kokora die Mehrheit den Krieg. Seine eigene Meinung äußerte er in Vorlesungen und persönlichen Gesprächen offen. Unter den Kriegsbefürwortern habe es einige wenige gegeben, die ihn trotzdem verstanden, seine Position respektiert und ihm zugestimmt hätten, dass in der Kirche Willkür herrsche. Er habe sich auch geweigert, Kriegsteilnehmern die Kommunion zu spenden.

Als er von der Disziplinarkommission zu einer Sitzung gerufen wurde, sei diese wie ein Verhör abgelaufen. Die Kommission habe ihn nicht anhören und verstehen wollen, er sei bereits der Illoyalität für schuldig befunden gewesen. Er wurde aufgrund eines Verstoßes gegen den 25. Apostolischen Kanon verurteilt, wobei ihm kein konkretes Vergehen mitgeteilt wurde. Eigentlich müsste ein Verstoß gegen diese Regel die Aberkennung der Priesterwürde nach sich ziehen, wie das bei Uminskij und Koval der Fall war. Ihm wurde jedoch „nur“ der Dienst vorübergehend verboten. Kokora vermutet, dass der Patriarch nicht wolle, dass weitere Geistliche vom Ökumenischen Patriarchat aufgenommen werden. Der Jurisdiktionswechsel ist möglich, wenn ihnen der Rang aberkannt wurde, nicht aber wenn ihnen lediglich der Dienst verboten ist.

Nach seiner Bestrafung wandten sich die meisten Gemeindemitglieder von Kokora ab und sprachen nicht mehr mit ihm, was ihn sehr schmerzte. Oft habe er gehört, dass seine Situation schlimm, er aber selbst daran schuld sei. Viele Geistliche sind laut ihm gegen den Krieg, schweigen aber aus Angst. Ihm seien jegliche Aktivitäten wegen seiner Lage oder direkter Interventionen der Kirchenleitung verunmöglicht worden, sei es in der Sonntagsschule, im Altersheim oder im Gefängnis. Seine Situation empfand er als „gesellschaftlichen Tod“. Ausgehalten habe er dank seiner Familie und der Hilfe eines Gemeindemitglieds, das ihm eine Ausbildung finanzierte. Den Grund für diesen Zustand in der ROK sieht er in einer Betonung des Formalen seit den 1990er Jahren: Es seien Kirchen und Institutionen gebaut sowie das Wohlergehen der Kirchenleitung sichergestellt worden. Aber im Inneren fehle es an Integrität und kritischem Denken.

Zunächst wollte Kokora in Russland bleiben, obwohl er direkt nach seiner Bestrafung vom Verein *Friede allen* kontaktiert wurde, der Geistliche mit Antikriegspositionen unterstützt. Er habe sich aber immer fremder gefühlt, und die Propaganda in der Schule seiner Kinder habe ihn beunruhigt. Zudem sei ein Bekannter vom Geheimdienst verhaftet worden, was seine Familie sehr erschreckt habe. Deshalb wandte er sich doch wieder an „Friede allen“ und konnte mithilfe der Partnerorganisation *InTransit* Russland verlassen. Nun lebt er seit kurzem mit seiner Familie in Frankreich, wo die Kinder in Sicherheit seien, und er und seine Frau nicht mehr völlig isoliert leben. Seine berufliche Zukunft ist hingegen offen. (NÖK).

ROK

# Russland: Beerdigung - eine Gelegenheit

(Licht im Osten) Im Fernen Osten Russlands ist Glaubensbruder A.O. mit der Verkündigung des Evangeliums unter seinem heidnischen Volk im Einsatz. Er schreibt: „Eine junge Frau war vor einem Jahr zu unserem Weihnachtsgottesdienst gekommen und hatte viele Fragen gestellt. Wir hatten uns mit ihr unterhalten, doch danach kam sie nie wieder. Nun bat sie uns, ihre Großmutter christlich zu beerdigen. Wir waren natürlich überrascht, denn die Menschen in unserem Volk beerdigen ihre Toten normalerweise anders. Wenn ein Mensch stirbt, suchen sie zunächst Lamas und Schamanen auf, um zu erfragen, an welchem Tag, zu welcher Uhrzeit und in welcher Kleidung der Tote beerdigt werden soll, welche Farbe der Sarg haben muss und in welche Richtung er ausgerichtet werden muss. Dafür zahlen sie eine Menge Geld. Nun stellte sich heraus, dass die verstorbene Frau schon seit Langem gläubig gewesen war. Sie ging nicht in die Gemeinde, da sie behindert war (sie hatte kranke Beine). Als sie jung war, hatten sie und ihr Mann einen Unfall. Sie war schon vor langer Zeit zum Glauben an Gott gekommen, las zu Hause in der Bibel sang Lieder und erzählte ihren Enkelinnen von Gott. Bevor sie starb, bat sie ihre Enkelinnen, sich an Pastoren zu wenden und sie zu bitten, sie christlich zu beerdigen. Ich war überrascht, denn es war das erste Mal, dass Menschen um eine christliche Beerdigung baten. Selbstverständlich kamen wir diesem Wunsch nach und sprachen mit der Enkelin. Bei der Beerdigung herrschte eine ruhige Atmosphäre, und ich durfte vor allen ungläubigen Verwandten predigen. Der Herr gab uns die Gelegenheit, das Evangelium zu verkünden. Wir sangen ein ruhiges Lied, bezeugten, dass die Großmutter jetzt im Himmel sei, und ermahnten die Enkelinnen, in die Fußstapfen ihrer Großmutter zu treten. Alle Anwesenden hörten sehr interessiert zu. Ich sprach über den reichen Mann und Lazarus, über Tod und Leben und darüber, dass es notwendig ist, zu Gott umzukehren.“

> Bitte beten sie für diese große Familie, dass die bei der Beerdigung gehörte Verkündigung in ihren Herzen nachwirkt und viele von ihnen ihr Leben und ihre Ewigkeit an Christus festmachen. „Wir danken Ihnen von Herzen, dass Sie für unsere älteste Tochter beten. Sie kommt immer wieder zum Gottesdienst und zu Bibelstunden mit. Wenn sie bei uns ist, hilft sie ihrer Mutter beim Putzen und Kochen. Manchmal jedoch geht sie von zu Hause weg, trifft sich mit Freunden und trinkt mit ihnen. Immer wieder denken wir, dass sie sich endlich geändert hat, aber nein. Ihre Freunde bringen sie immer wieder auf Abwege.

> Bitte beten Sie für sie, dass sie sich für Jesus entscheidet. Unsere andere Tochter hat ihr Studium in K. aufgenommen, musste sich aber zu Beginn dieses Jahres wegen Krankheit für ein Jahr beurlauben lassen. Sie ließ sich untersuchen. Dabei haben die Ärzte eine Krankheit in der Gebärmutter festgestellt.

> Wir beten, dass der Herr sie heilt und sie ihr Studium fortsetzen kann.

> Bitte beten Sie auch für die Sommertagescamps, bei denen wir das Evangelium verkündigen können. Gern würde ich eine Feier zum 90. Geburtstag meiner Mutter organisieren, um alle – auch die ungläubigen – Verwandten, Kinder, Enkel und Urenkel zu versammeln und ihnen das Evangelium zu verkündigen. Einige Verwandte und Enkelkinder sind bereits gläubig.

> Ich bete, dass noch mehr von ihnen zum Glauben kommen.“

# Spanien: Spanische Allianz - Medien zeichnen Zerrbild der Evangelikalen

## Sie beklagt eine vereinfachende und oftmals abwertende Darstellung

Madrid (IDEA) – Die Spanische Evangelische Allianz (AEE) hat die Medien des Landes zu einer sachlichen und differenzierten Berichterstattung über evangelische Glaubensgemeinschaften aufgerufen. In einer am 8. Mai veröffentlichten Erklärung beklagt sie eine häufig vereinfachende, karikierende und pauschal abwertende Darstellung. Anlass der Stellungnahme seien die Berichterstattung über die evangelistische Großveranstaltung „The Change“ (Der Wandel) in Madrid mit über 35.000 Besuchern sowie eine Fernsehdokumentation zur neocharismatischen Bewegung in Katalonien. Mit Sorge nehme die AEE zudem die Tendenz wahr, das Wahlverhalten der Evangelikalen pauschal dem rechten oder rechtsextremen Lager zuzuordnen. AEE-Vorstandsmitglied Pedro Tarquis kritisierte gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, in vielen spanischen Medien würden evangelische Christen – insbesondere lateinamerikanische Zuwanderer – pauschal mit der neocharismatischen Bewegung, der Politik des US-Präsidenten Donald Trumps oder einer Rechtsaußenpolitik gleichgesetzt, ohne anerkannte Vertreter zu Wort kommen zu lassen. Bei einer Berichterstattung zur katholischen Kirche wäre das undenkbar, so Tarquis. Dort sei es völlig klar, dass es verschiedene Strömungen und Richtungen gebe, die sich stark unterschieden.

## Unwissen und Vorurteile

Die Berichterstattung über Evangelikale offenbare dagegen ein großes Unwissen und bediene oftmals Vorurteile. Konservative Zeitungen wie „Diario ABC“ publizierten beispielsweise „ultrakatholische“ Meinungen. Darin werde von evangelikalen „Sekten“ gesprochen, die angeblich als Plattform für eine angelsächsische Vorherrschaft in Ländern dienten, die eigentlich katholisch seien. Eher linkspolitisch ausgerichtete Zeitungen brandmarkten dagegen jegliche Verteidigung eines traditionellen Familienbildes als fundamentalistisch und als Gefahr für die Demokratie.

## Integrationsmotor statt Hindernis

Auch im Hinblick auf die Integration lateinamerikanischer Flüchtlinge stellten Medien evangelikale Gemeinden oft eher als Hindernis denn als Motor der Integration dar. Tatsächlich sei jedoch häufig das Gegenteil der Fall, so Tarquis. Die Migranten besuchten oft Gemeinden „spanischer Prägung“, die dann eine „Brücke der Integration“ seien. In ihrer Stellungnahme schreibt die AEE, die Gemeinden böten Flüchtlingen einen Ort der Zugehörigkeit und emotionale Unterstützung. Sie ermöglichten es ihnen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Von den rund 49 Millionen Einwohnern Spaniens sind laut einer offiziellen Umfrage aus dem vergangenen Jahr 54,2 Prozent Katholiken, 34,1 Prozent nichtreligiös, 2,3 Prozent Muslime und 1,1 Prozent Protestanten. Ein Prozent gehört orthodoxen Kirchen an. 2,5 Prozent zählen zu anderen christlichen Glaubensgemeinschaften. Die Spanische Evangelische Allianz ist mit ihrer fast 150-jährigen Geschichte die älteste evangelische Vereinigung des Landes. Nach eigenen Angaben repräsentiert sie mit ihren theologisch konservativen Positionen und Erklärungen etwa 90 Prozent der evangelischen Christen des Landes.

# Tschad: Zivilisten sterben bei Angriffen der Luftwaffe auf Dschihadisten

N'Djamena (Fides) – Flugzeuge der tschadischen Streitkräfte haben nigerianische Dschihadisten der Boko-Haram am Ufer des Tschadsees angegriffen, wobei es zivile Opfer gab.

Lokalen Quellen zufolge wurden bei den Bombenangriffen mehrere Dutzend Fischer getötet, die – mit der Erlaubnis der Dschihadisten – weiterhin ihre Netze im See auswarfen, der an Tschad, Niger und Nigeria grenzt. Mindestens 40 Fischer werden vermisst.

Die Luftangriffe, die seit dem 8. Mai andauern, sind eine Reaktion auf einen Angriff der Dschihadisten auf tschadische Soldaten am 4. Mai, bei dem 23 Soldaten getötet wurden. Am 6. Mai starben bei einem weiteren Gefecht am Ufer des Tschadsees mindestens 27 Menschen, darunter 11 Soldaten und 16 Dschihadisten.

Neben der Präsenz von Dschihadisten rührt die Instabilität in der Tschadseeregion von Konflikten zwischen Bauern und Hirten her, die weite Gebiete im Süden, Zentrum und Osten des Landes betreffen. Insbesondere Mitglieder der Zaghawa-Volkgruppen werden beschuldigt, das Vieh der lokalen Bevölkerung in der Seeregion zu plündern, wobei sie angeblich von hochrangigen Armeeangehörigen geschützt werden. Die Angriffe auf tschadische Soldaten werden mutmaßlich nicht nur von Dschihadisten, sondern auch von lokalen Hirten verübt, deren Vieh gestohlen wurde.

Schätzungen von Analysten zufolge haben Konflikte zwischen Bauern und Hirten zwischen 2021 und 2024 über tausend Tote und etwa zweitausend Verletzte gefordert.

Am Ende des Regina Caeli-Gebets hat Papst Leo XIV. an diesem Sonntag an die Unsicherheit in mehreren Sahelstaaten erinnert. „Mit Besorgnis habe ich die Nachrichten über die zunehmende Gewalt in der Sahelzone zur Kenntnis genommen, insbesondere im Tschad und in Mali, die von den kürzlich erfolgten Terroranschlägen betroffen sind. Ich versichere den Opfern mein Gebet zu und bin in Gedanken bei all jenen, die leiden. Ich ersehne das Ende jeder Form von Gewalt und unterstütze alle Bemühungen um Frieden und Entwicklung in diesem geschätzten Land“, so der Papst wörtlich.

(L.M.) (Fides 11/10/2026)

# Uganda: Muslimische Verwandte hacken einem Neubekehrten die Hände ab

Muslimische Verwandte eines Mannes im Osten Ugandas, der im März Christus angenommen hatte, schnitten ihm am 17. April bei einem Angriff wegen seines neuen Glaubens die Hände ab.

Der Angriff auf Kalegeya Faruku, 40, ereignete sich gegen 19 Uhr in seinem Elternhaus in Jinja, im gleichnamigen Distrikt.

„Ich habe mein Leben Anfang März 2026 Jesus übergeben, und meine Familienmitglieder waren darüber nicht glücklich“, berichtete Faruku einem Kontakt von Morning Star News. „Sie wurden sehr wütend und schickten mir Drohbotschaften, in denen sie mir mit dem Tod drohten.“

Faruku sagte, er sei am 17. April kurz nach Hause zurückgekehrt, um persönliche Gegenstände zu holen, bevor er an einen sichereren Ort umziehen wollte. Er hatte vor, zum Stadtrat von Busembatia im Bezirk Bugweri zu reisen, wo ein Freund wohnt, der ihm das Evangelium verkündet hatte.

Bei seiner Ankunft hätten Verwandte ihm auflauert, sagte er.

„Ich fand meine Brüder vor, die auf mich warteten, als wären sie informiert worden“, sagte Faruku. „Mein älterer Bruder kam auf mich zu und tat so, als würde er mich nach meinem Aufenthaltsort fragen. Plötzlich packte er mich, und andere umringten mich.“

Sie brachten ihn ins Haus und schnitten ihm die Hände ab, während sie islamische Schriftstellen rezitierten, sagte er. Morning Star News hat Fotos der abgetrennten Gliedmaßen gesehen. Die Verwandten transportierten ihn später etwa fünf Kilometer weit weg und ließen ihn schwer verletzt an einer Kreuzung zurück, sagte Faruku.

„Ich danke Gott, dass ein Fremder mich gefunden und Alarm geschlagen hat“, fügte er hinzu. „Leute kamen und brachten mich eilig in eine nahegelegene Klinik, um mich medizinisch versorgen zu lassen.“

Ein Hilfspfarrer einer evangelikalen Kirche in dem Bezirk sagte, Faruku habe die Gottesdienste in seiner Kirche besucht. Die Namen der Kirche und des Hilfspfarrers werden aus Sicherheitsgründen nicht genannt.

Faruku wird weiterhin in der Gesundheitseinrichtung behandelt.

Sein Vater, Lubega Issa, rechtfertigte den Angriff mit den Worten: „Das ist es, was die Scharia [das islamische Recht] uns vorschreibt, mit denen zu tun, die die Religion Allahs ablehnen“, so der Hilfspfarrer.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels hatte die Polizei noch keine Stellungnahme zu dem Vorfall abgegeben, und es blieb unklar, ob Festnahmen erfolgt waren.

Mitglieder und Leiter der christlichen Gemeinschaft haben eine gründliche Untersuchung sowie eine erneute Betonung des friedlichen Zusammenlebens und der Glaubensfreiheit gefordert.

Der Angriff war der jüngste von vielen Fällen der Verfolgung von Christen in Uganda, die Morning Star News dokumentiert hat.

Die Verfassung Ugandas und andere Gesetze garantieren Religionsfreiheit, einschließlich des Rechts, den eigenen Glauben zu verbreiten und von einem Glauben zu einem anderen zu konvertieren. Muslime machen nicht mehr als 12 Prozent der Bevölkerung Ugandas aus, wobei sie vor allem in den östlichen Landesteilen stark konzentriert sind.

<https://morningstarnews.org/2026/05/muslim-relatives-cut-off-new-christians-hands-in-uganda/>

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]